

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr am Dienstag, den 17. September 2019 um 18:30 Uhr im Seminarraum I des Regionalen Bürgerzentrums, Am Markt 2, 24782 Büdelsdorf

Anwesend:

Ausschussvorsitzender: Stadtvertreter Schmidt (SPD)

Weitere Ausschussmitglieder: Stadtvertreterin Höll (CDU)
Stadtvertreter Bolz (BWG)
Stadtvertreter Brodersen (SSW)
Stadtvertreter Lerbs (SPD)
Stadtvertreter Klauder (CDU)
Bürgerliches Mitglied Baber (SPD)
Bürgerliches Mitglied Lübke (BWG)
Bürgerliches Mitglied Schwark (CDU)

Protokollführer/in: Frau Grube

Nicht anwesende, nicht vertretene Ausschussmitglieder: -

Andere Anwesende: Frau Doelling Wasser- und Verkehrs-Kontor (WVK)
Frau Schnoor Verwaltung
Herr Mathein Verwaltung
Stadtvertreter Banaski
Stadtvertreter Hartig
Stadtvertreter Reichelt
Stadtvertreterin Rossbach
Stadtvertreterin Schaedla
Stadtvertreter Wensierski
Stadtvertreterin Wilken

Nach § 22 GO ausgeschlossene Teilnehmerinnen oder Teilnehmer: -

Zuhörerinnen und Zuhörer: 16

Presse:

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Einladung und die Sitzungsvorlage sind den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr einstimmig, den Tagesordnungspunkt 9 „Entscheidung über den eventuellen Ausbau des Redders im Bereich der Straße „Zum Born“ bis zur Straße „An den Reesenbetten“ vorzuziehen (neu: TOP 4) sowie den Tagesordnungspunkt 15 „Grundstücksangelegenheiten“ nichtöffentlich zu beraten.

Die Tagesordnung stellt sich nunmehr wie folgt dar:

Öffentlicher Teil:

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO
2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift von der Sitzung am 4. Juni 2019
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über den eventuellen Ausbau des Redders im Bereich der Straße „Zum Born“ bis zur Straße „An den Reesenbetten“
5. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Lindenstraße - Kampstraße“ der Stadt Büdelsdorf
- Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses -
6. Erlass einer Satzung über die Aufhebung einer Veränderungssperre für das Gebiet der ehemals sich in Aufstellung befindlichen 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Lindenstraße - Kampstraße“ der Stadt Büdelsdorf
7. Einrichtung einer Fahrradstraße in Büdelsdorf, Neuer Gartenweg, von der Ahlmannallee bis zur Heimstraße sowie Weiterführung des Radfahrverkehrs über die Ahlmannallee hinaus in westliche Richtung
8. Gemeinsame Klimaschutzagentur im Kreis Rendsburg-Eckernförde
- Beitritt der Stadt Büdelsdorf -
9. Konzept für die Einrichtung eines Erinnerungswaldes
10. Krähen-/Möwenproblematik in Büdelsdorf - Sachstand
11. Bericht des Gewässerschutzbeauftragten

12. Informationen

12.1 Ausbau Hollerstraße-West - Sachstand

12.2 Ortsentwicklungskonzept - Sachstand

13. Beantwortung der Anfragen aus der vorigen Ausschusssitzung Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr

14. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der Bürgerlichen Mitglieder

Der nachfolgende Tagesordnungspunkt wird nach Maßgabe der Beschlussfassung des Ausschusses nichtöffentlich beraten

15. Grundstücksangelegenheiten

Öffentlicher Teil:

16. Bekanntgabe von Beschlüssen und Empfehlungen zu dem in nichtöffentlicher Sitzung behandelten Tagesordnungspunkt

Öffentlicher Teil:

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO

Es liegen keine Hinweise auf mögliche Ausschließungsgründe vor.

2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift von der Sitzung am 4. Juni 2019

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Schnoor, ADFC, merkt an, dass es aus Sicht des ADFC wünschenswert wäre, die im Zuge des Ausbaus der Hollerstraße-West geplante Solitärbaumpflanzung mit Rundbank im Platzbereich Hollerstraße / Neue Dorfstraße / Kaiserstraße nicht umzusetzen, da diese den Verkehrsfluss der Fahrradfahrer beeinträchtigen würde. Er übergibt einen Plan, welcher dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist.

Dazu erklärt die Verwaltung: Da die Baumaßnahme in einem Fördergebiet erfolgt, sind Abweichungen von der Planung nicht ohne weiteres möglich.

Eine Mutter, deren Kind den Kindergarten in der Konrad-Adenauer-Straße besucht, macht auf die Verkehrssituation vor dem Kindergarten aufmerksam. Sie berichtet, dass der Lieferdienst für den Mittagstisch keine Möglichkeit hat, direkt vor dem Kindergarten zu halten und bittet zu überprüfen, ob hier Abhilfe geschaffen werden kann.

Des Weiteren weist sie auf die Parksituation vor Ort hin. Da die Parkbuchten schlecht einsehbar sind, wird darum gebeten, die „Zone 30“ zu verlängern, bis der Kindergarten nicht mehr in den provisorischen Containern untergebracht ist. Die Verwaltung wird die Angelegenheit prüfen.

Ein Zuhörer fragt nach, wie groß die Fläche an öffentlichen und privaten Pkw-Stellplätzen im Bündelsdorfer Stadtgebiet derzeit ist.

Die Verwaltung teilt mit, dass diese Flächen in Gänze bislang nicht ermittelt wurden.

Des Weiteren teilt er mit, dass er davon ausgehe, dass im Rahmen des Klimaschutzes zukünftig viele Stellflächen nicht mehr benötigt werden und fragt nach, ob es bereits heute konkrete Planungen gebe, inwiefern freiwerdende Stellflächen zukünftig genutzt werden könnten.

Die Verwaltung verneint dies.

4. Entscheidung über den eventuellen Ausbau des Redders im Bereich der Straße „Zum Born“ bis zur Straße „An den Reesenbetten“ - Beschlussfassung -

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage und begrüßt einen Zuhörer. Dieser erläutert seinen Antrag auf Ausbau des Redders.

Nach kurzer Diskussion fasst der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr einstimmig folgenden

Beschluss:

Der derzeitige Status bleibt unter Berücksichtigung folgender Aspekte erhalten:

- der Redder ist als private Grünfläche / Redder gekennzeichnet und als Ausgleichsfläche errichtet worden. Bei einer Umgestaltung als Fuß-/Radweg wäre die Untere Naturschutzbehörde zu beteiligen und ggf. erneut Ausgleich zu leisten.
- es ist die Frage zur allgemeinen Verkehrssicherungspflicht und zum Winterdienst zu klären
- weitere Forderungen, z. B. Beleuchtung oder Freigabe der restlichen Redderflächen oder spätere weitere Befestigungswünsche (z. B. Pflasterung) sind zu erwarten.
- der heute unbefestigte Trampelpfad zwingt zu vorsichtigem und rücksichtsvollem Gehen und Fahren. Eine Befestigung wie vorgeschlagen produziert Gefahrenpunkte an mindestens zwei 90-Grad-Verschwenkungen.

- eine Bushaltestelle sowie LIDL / Ärztehaus sind über öffentliche Verkehrswege erreichbar.
- 2001/2002 wurde schon einmal um die Beseitigung von Schutzzäunen und die Schaffung eines Knickdurchlasses gebeten. Schutzzäune wurden wegen Wirkungslosigkeit entfernt. Weitere Maßnahmen wurden nicht durchgeführt.
- der derzeitige Status kann stillschweigend geduldet werden, ohne weitergehende Verpflichtungen eingehen zu müssen.

5. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Lindenstraße - Kampstraße“ der Stadt Büdelsdorf - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses -

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage und den inhaltlichen Bezug zum Tagesordnungspunkt 6.

Die Verwaltung erläutert die Angelegenheit und empfiehlt, den Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Lindenstraße - Kampstraße“ aus den in der Vorlage genannten Gründen aufzuheben.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1.
Der Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 18 „Lindenstraße - Kampstraße“ vom 29.11.2017 wird aufgehoben.
2.
Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

6. Erlass einer Satzung über die Aufhebung der Veränderungssperre für das Gebiet der ehemals sich in Aufstellung befindlichen 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Lindenstraße - Kampstraße“ der Stadt Büdelsdorf

Inhaltlich wird auf den Vorlagentext zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Lindenstraße - Kampstraße“ der Stadt Büdelsdorf verwiesen.

Sodann beschließt der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr einstimmig, der Stadtvertretung zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussempfehlung:

Satzung

der Stadt Büdelsdorf über die Aufhebung der Veränderungssperre für das Gebiet der ehemals sich in Aufstellung befindlichen 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 18 „Lindenstraße – Kampstraße“

Aufgrund des § 17 Abs. 4 und des § 16 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) und des § 4 der Gemeindeordnung von Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28.02.2003 (GVBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.01.2018 (GVBl. Schl.-H. S. 6), wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom folgende Satzung erlassen:

§ 1

Die Satzung der Stadt Büdelsdorf vom 16.01.2018 über eine Veränderungssperre für das Gebiet der sich in Aufstellung befindlichen 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 18 „Lindenstraße - Kampstraße“ wird außer Kraft gesetzt.

Der räumliche Geltungsbereich der außer Kraft gesetzten Veränderungssperre ist der nachstehenden Übersichtskarte zu entnehmen und durch schwarze Umstrichlung gekennzeichnet.



§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Büdelsdorf, den

Stadt Büdelsdorf
Der Bürgermeister

(L.S.)

Hinrichs

7. Einrichtung einer Fahrradstraße in Büdelsdorf, Neuer Gartenweg, von der Ahlmannallee bis zur Heimstraße sowie Weiterführung des Radfahrverkehrs über die Ahlmannallee hinaus in westliche Richtung

Der Ausschussvorsitzende verweist inhaltlich auf die Vorlage und begrüßt Frau Pia Doelling, WVK, welche die Erkenntnisse des erstellten Verkehrsgutachtens anhand einer Power-Point-Präsentation vorstellt. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

Ein Zuhörer schlägt vor, auch die Neue Dorfstraße einzubeziehen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Frau Doelling erläutert, dass die Straße aufgrund ihrer Breite nicht geeignet sei, da die Schutzstreifen im Seitenbereich und der Straßenraum zu schmal seien, um diese in das Konzept der Fahrradstraße einbeziehen zu können.

Mehrere Zuhörer merken an, dass sie nicht verstehen können, warum die Politik eine Fahrradstraße ausweisen möchte. Da in der Straße „Neuer Gartenweg“ ohnehin das Fahrrad das vorherrschende Verkehrsmittel ist, ist eine Ausweisung als Fahrradstraße nicht nötig und würde unnütz Kosten verursachen. Die Anwohner machen in der Sitzung deutlich, dass sie nicht bereit seien, diese Kosten zu tragen.

Eine Zuhörerin regt an, über ein Halteverbot in der Neuen Dorfstraße nachzudenken.

Herr Schnoor, ADFC, merkt an, dass es wichtig sei, Radwege vorzuhalten, auf denen man sich sicher fühlt.

Bürgerliches Mitglied Baber ist der Meinung, dass sich der Verkehr in der Neuen Dorfstraße am Radverkehr orientieren müsste, da hier hauptsächlich Schüler unterwegs seien.

Bürgerliches Mitglied Schwark merkt an, dass die CDU gegen die Ausweisung der Fahrradstraße ist, da der Fahrradverkehr bereits jetzt in dem Gebiet dominiere und eine Änderung daher nicht nötig sei.

Nach kontrovers geführter Diskussion im Ausschuss und mit den Zuhörern wird Bezug auf die drei Beschlussvorschläge genommen.

Die Verwaltung teilt mit, dass ihr eine Stellungnahme der Verkehrsbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde vorliege, aus der hervorgeht, dass die Verkehrsbehörde einer Ausweisung der Fahrradstraße ohne bauliche Änderungen, also so wie in Variante 2 vorgeschlagen, nicht zustimmen wird.

Stadtvertreter Hartig wirft der Verwaltung vor, die politische Meinungsbildung mit dieser Aussage beeinflussen zu wollen. Die SPD bleibt bei ihrem Entschluss, die Fahrradstraße ausweisen zu wollen; man müsse noch einmal das Gespräch mit der Verkehrsbehörde suchen.

Die Verwaltung stellt klar, dass sie die Angelegenheit objektiv geprüft habe. Es sei ein neutrales Gutachten erstellt worden und auch die politische Entscheidung werde in keinsten Weise beeinflusst. Nichtsdestotrotz habe die Verkehrsbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde das letzte Wort in dieser Angelegenheit. Die Verwaltung habe lediglich im Vorwege auf die Bedenken des Kreises hinweisen wollen.

Bürgerliches Mitglied Lübke fragt nach, ob es Fördermöglichkeiten gäbe, die man bei einer Ausweisung zur Fahrradstraße oder bei Umbauten, die die Verkehrssicherheit einer Straße erhöhen, in Anspruch nehmen könnte.

Stadtvertreterin Wilken merkt an, dass bereits in den vorangegangenen Sitzungen ausführlich erläutert wurde, dass in diesem Fall keine Möglichkeit der Förderung bestehe.

Stadtvertreter Bolz regt an, die Straßenbaubeitragssatzung zu ändern und den Umbau zu Fahrradstraßen beitragsfrei zu stellen.

Stadtvertreterin Wilken bittet, die Haushaltslage zu bedenken.

Nach erneuter kontrovers geführter Diskussion stimmt der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr über die vorliegenden Beschlussvarianten ab.

Die Beschlussvariante 2 wird neu gefasst und erhält folgenden Wortlaut:

„Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr beschließt, den Neuen Gartenweg als Fahrradstraße auszuweisen mit der erforderlichen Beschilderung und ohne Umbaumaßnahmen, die Ausbaubeiträge auslösen.“

Beschlussvariante 1 wird mit neun Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschlussvariante 3 wird mit vier Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen abgelehnt.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr mit fünf Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und drei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr beschließt, den Neuen Gartenweg als Fahrradstraße auszuweisen mit der erforderlichen Beschilderung und ohne Umbaumaßnahmen, die Ausbaubeiträge auslösen.

Die Verwaltung verweist nochmals darauf, dass die letztendliche Entscheidung, ob die Fahrradstraße ausgewiesen wird, die Verkehrsbehörde des Kreises Rendsburg-Eckernförde trifft. Die nun empfohlene Variante wird mit der Verkehrsbehörde abgestimmt.

**8. Gemeinsame Klimaschutzagentur im Kreis Rendsburg-Eckernförde
- Beitritt der Stadt Büdelsdorf -**

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage.

Bürgerliches Mitglied Schwark teilt mit, dass die CDU die Thematik grundsätzlich begrüße, bittet jedoch darum, die Entscheidung zu verschieben, bis die Rahmenbedingungen bekannt sind.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Rahmenbedingungen durch Vertrag von den Gründungsmitgliedern festgelegt werden. Selbstverständlich sei ein Beitritt auch noch zu einem späteren Zeitpunkt möglich, dann könne man jedoch keinen Einfluss auf die Vertragsverhandlungen nehmen.

Bürgerliches Mitglied Baber merkt an, dass die SPD-Fraktion aus Gründen der Haushaltskonsolidierung nicht zustimmen werde, da der jährliche Beitrag von 2,00 EUR pro Einwohner sehr kostenintensiv sei.

Stadtvertreter Bolz plädiert dafür zu prüfen, ob ein befristeter Beitritt möglich sei, so dass die Stadt Büdelsdorf wieder austreten könnte, wenn man feststellt, dass ein Beitritt nicht vorteilhaft ist.

Stadtvertreter Wensierski merkt an, dass das Thema sehr wichtig sei, hinterfragt jedoch auch den Mehrwert für die Stadt Büdelsdorf. Sofern das Angebot der kostenlosen Beratung über den Kreis Rendsburg-Eckernförde nicht ausreichen sollte, könne man immer noch Gesellschafter werden.

Bürgerliches Mitglied Lübke fragt nach, ob die Verwaltung das Geld, welches bei einem Beitritt zu zahlen wäre, bereits im Haushalt eingestellt habe.
Die Verwaltung verneint dies.

Bürgerliches Mitglied Schwark stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag, die Beratung über den Beitritt zur Klimaschutzagentur zu schieben, bis die Rahmenbedingungen feststehen und ein Gesellschaftervertrag erarbeitet ist.

Der Antrag wird einstimmig vom Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr angenommen.

9. Konzept für die Einrichtung eines Erinnerungswaldes

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage.

Die Verwaltung erläutert auf Wunsch der Zuhörer nochmals kurz das Konzept eines Erinnerungswaldes.

Stadtvertreter Reichelt fragt nach, ob man die Liste der Baumarten um die Kastanie ergänzen könne.

Bürgerliches Mitglied Lübke würde sich einen Mischwald wünschen und fragt an, ob auch Nadelbäume an dem Standort gepflanzt werden könnten. Zudem regt sie an, Ilex anzupflanzen sowie Blühwiesen dazwischen einzusetzen.

Stadtvertreter Wensierski würde es begrüßen, wenn bereits am heutigen Tage ein Beschluss gefasst wird, da im Ausschuss anscheinend Einigkeit über das Thema bestehe.

Sodann beschließt der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, ein abgestimmtes Konzept sowie eine Gebührensatzung zu erarbeiten und dem Ausschuss zu Beschlussfassung vorzulegen.

10. Krähen-/Möwenproblematik in Büdelsdorf - Sachstand

Die Verwaltung teilt mit, dass derzeit ein großes Krähen-/Möwenproblem in einigen Bereichen des Stadtgebietes besteht. Das Vergrämen der Vögel führt jedoch nur dazu, dass sich die Problematik verlagert. Ein Abschuss der Vögel ist nicht möglich, da einzelne Arten wie z. B. die Saatkrähe geschützt sind.

Bürgerliches Mitglied Lübke merkt an, dass man in Büdelsdorf naturnah leben wolle und hierzu auch die Krähen und Möwen gehören.

11. Bericht des Gewässerschutzbeauftragten

Der Bericht des Gewässerschutzbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

12. Informationen

12.1 Ausbau der Hollerstraße-West - Sachstand

Die Verwaltung informiert darüber, dass der Baubeginn für den 30.09.2019 vorgesehen ist. Die Dauer der Bauarbeiten wird zwei Jahre betragen.

Der erste Bauabschnitt beginnt an der Löwenstraße in Richtung Käte-Ahlmann-Platz.

12.2 Ortsentwicklungskonzept - Sachstand

Die Verwaltung informiert darüber, dass im Rahmen der Einwohnerversammlung sowie der Kinder- und Jugendversammlung über das Ortsentwicklungskonzept informiert und Wünsche aller Altersgruppen gesammelt werden.

Des Weiteren wird bekannt gegeben, dass am 01.10.2019 eine Arbeitsgruppe mit der Politik stattfinden wird.

Das Ortsentwicklungskonzept wird dann um die ggfls. neuen Anregungen ergänzt.

13. Beantwortung der Anfragen aus der vorigen Ausschusssitzung Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr

Hinsichtlich der Verkehrsführung bei LIDL, welche für viele Personen zunächst irreführend war, teilt die Verwaltung mit, dass nunmehr ein provisorischer Gehweg eingerichtet wurde. Nun werde abgewartet, ob dieser zur besseren Orientierung beitrage.

14. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der Bürgerlichen Mitglieder

Bürgerliches Mitglied Schwark merkt an, dass die Ampelschaltung bei LIDL dafür sorgt, dass der Kreisverkehr zu den Stoßzeiten verstopft. Er bittet um Rücksprache mit dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV), ob an der Ampelschaltung etwas geändert werden könnte.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass an der Ecke Neuer Gartenweg ein Straßennamenschild „Am Obstgarten“ fehlt.

Der nachfolgende Tagesordnungspunkt wird nach Maßgabe der Beschlussfassung des Ausschusses nichtöffentlich beraten

15. Grundstücksangelegenheiten

- Wird nur für die Stadtvertreter und Ausschussmitglieder ausgefertigt -

Öffentlicher Teil:

16. Bekanntgabe von Beschlüssen und Empfehlungen zu dem in nichtöffentlicher Sitzung behandelten Tagesordnungspunkt

Es wird mitgeteilt, dass in nichtöffentlicher Sitzung keine Beschlüsse gefasst und keine Empfehlungen ausgesprochen wurden.

Ende der Sitzung: 20.20 Uhr

F. d. R.

gez. H. Schmidt

gez. Grube

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin